

Mutterschutzdebatte in Japan

Bürgermeisterin Kawata Shoko geht in Mutterschutz und löst heftigen Diskurs über Frauen in Führungspositionen aus

Von Kim Chi Luu

Sie macht schon wieder Schlagzeilen. Bereits als Kawata Shoko 2023 in der japanischen Stadt Yawata zur jüngsten Bürgermeisterin gewählt wurde, führte das zu einer Debatte. Jetzt wird über ihre Kompetenz debattiert, weil sie im Mai als erste Gemeindepolitikerin Japans angekündigt hat, Mitte September für 16 Wochen in den Mutterschutz zu gehen. Gegenüber *Reuters* sagt Kawata: »Ich war selbst überrascht, als ich herausgefunden habe, dass ich die erste Bürgermeisterin bin, die in den Mutterschutz geht. Mir wurde dadurch klar, dass es bislang schlichtweg nicht viele junge Frauen – oder Frauen im allgemeinen – gibt, die Bürgermeisterin geworden sind.« In der Zwischenzeit wird sich der stellvertretende Bürgermeister Shigeto Nose den administrativen Aufgaben widmen. Bei wichtigen Entscheidungen möchte Kawata weiterhin digital eingebunden bleiben.

Entgegen ihrer Erwartung wurde dieser Schritt anfangs stark kritisiert. So wurden bereits ihr Rücktritt oder eine Gehaltskürzung gefordert. Auch finden allgemeinere Debatten statt, die hinterfragen, ob Frauen überhaupt für politische Ämter und Führungspositionen geeignet sind, wenn sie ihre Ämter wegen einer Schwangerschaft pausieren müssen. Über die Kritik zeigte sich Kawata gegenüber *Reuters* frustriert: »Menschen, die zuvor noch nie von mir gehört hatten, wurden erst durch Berichte über meinen Mutterschaftsurlaub auf mich aufmerksam. Manche kritisierten mich im Internet und unterstellten mir, ich würde meine Arbeit nicht machen und sei nur da, um in Mutterschaftsurlaub zu gehen.«

Neben der Kritik loben aber auch viele Japaner den Schritt Kawatas als fortschrittlich. Japan erlebt seit Jahrzehnten eine demographische Krise. 2025 markiert zum zehnten Mal in Folge ein Rekordtief bei Neugeborenen. Politiker aller Lager sprechen deshalb von der Notwendigkeit, mehr Geburten zu fördern. Dafür wurden Richtlinien wie steuerliche Anreize, höhere Kindergelder, Zuschüsse für Familien sowie die Förderung des Elternschutzes beschlossen. Doch der Erfolg bleibt aus. Auch der seit 1947 bestehende gesetzliche Mutterschutz hilft nicht dabei. Beschäftigte Frauen haben prinzipiell Anspruch auf sechs Wochen Mutterschutz vor und acht Wochen nach der Geburt. Auf dem Papier verfügt Japan über weitreichende familienpolitische Regelungen. Dennoch klafft zwischen Gesetz und gesellschaftlicher Praxis eine erhebliche Lücke. So ereigneten sich in den vergangenen Jahren immer wieder Fälle von Verletzungen des Mutterschutzes: Diese reichen von subtilen Bemerkungen bis hin zu Kündigungsdruck. Im Japanischen existiert sogar ein eigenes Wort dafür: *Matahara* (Belästigung aufgrund von Mutterschaft). 2014

entschied der Oberste Gerichtshof zugunsten einer Physiotherapeutin, die nach ihrer Schwangerschaft gegen ihre Herabstufung im Krankenhaus geklagt hatte. Das Urteil gilt als Meilenstein im Kampf gegen Diskriminierung schwangerer Beschäftigter.

Einerseits sollen Frauen in der häuslichen Sphäre bleiben und mehr Kinder gebären, um die nächste Generation zu erziehen, andererseits sollen diese Frauen auch erwerbstätig sein, um gegen die seit den 1990ern bestehende wirtschaftliche Stagnation in Japan anzuarbeiten. Deswegen hat die Regierung verschiedene Programme verabschiedet, um mehr Frauen in die Erwerbsarbeit zu bringen. So hat der ehemalige Premierminister Abe Shinzo 2013 flexiblere Arbeitsformen eingeführt, die Frauen dazu motivieren sollen, Kinder zu gebären und zugleich erwerbstätig zu bleiben. Dadurch arbeiten zwar mehr Frauen, jedoch vor allem in Teilzeitbeschäftigung, die geringere Löhne, schlechtere Aufstiegschancen und weniger soziale Absicherung bietet. Auch die starke Inflation im Land zwingt immer mehr Frauen in die Erwerbstätigkeit. Es ist klar, dass dieser Spagat zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit nicht individuell zu lösen ist und Frauen dieser doppelten Belastung nicht durch ihre persönlichen Entscheidungen entfliehen können.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die Ankündigung einer Bürgermeisterin, Mutterschutz in Anspruch zu nehmen, eine derart heftige Debatte auslöst. Akzeptiert wird die erwerbstätige und politische Frau häufig nur unter der Voraussetzung, dass Schwangerschaft und Kinder möglichst unsichtbar bleiben und berufliche Leistung nicht beeinträchtigen. Kawata ist sich dieser Problematik bewusst, wie sie im *Reuters*-Interview erklärt: »Man spricht von Geschlechtergleichstellung und Reformen der Arbeitswelt, aber wir müssen eine Gesellschaft aufbauen, in der Menschen aller Berufe, auch in Führungspositionen, nicht zögern, Kinder zu bekommen.«

Ihr Fall macht sichtbar, dass es bei diesen Debatten um weit mehr als Mutterschutz geht. Er zeigt exemplarisch, dass die kapitalistische Ökonomie sowohl auf die Reproduktion menschlichen Lebens als auch auf die weibliche Arbeitskraft angewiesen ist und sich dabei gegenseitig widerspricht. Genau in diesem Widerspruch liegt der Kern der aktuellen Krise – und das nicht nur in Japan.

<https://www.jungewelt.de/artikel/527088.mutterschutz-in-japan-mutterschutzdebatte-in-japan.html>